

Dipl.-Volkswirtin Sigrid Nicodemus

Schulden der öffentlichen Haushalte 2006

Im vorliegenden Beitrag wird ein Überblick über die am 31. Dezember 2006 bestehenden öffentlichen Schulden – gegliedert nach den Haushaltsebenen Bund und Sondervermögen, Länder, Gemeinden/Gv. und Zweckverbände – gegeben. Dabei werden auch die unterschiedlichen Schuldarten der einzelnen Körperschaftsgruppen erörtert und die Daten über die Schuldenneuaufnahmen der öffentlichen Haushalte nach Laufzeiten und die Schuldentilgungen im Laufe des letzten Jahres erläutert. Eine Übersicht über die Schulden je Einwohner ermöglicht einen Regionalvergleich nach Ländern. Der Schuldenstand der Gemeinden wird auch nach den wichtigsten Arten der kommunalen Gebietskörperschaften sowie nach Gemeindegrößenklassen dargestellt. Daneben wird auch die wachsende Bedeutung der kurzfristigen Kredite zur Überbrückung vorübergehender Kassenanspannungen (Kassenverstärkungskredite) aufgezeigt.

Vorbemerkung

Seit Einführung der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion steht die Höhe der Schulden der öffentlichen Haushalte im Mittelpunkt des Interesses. Das Maastricht-Kriterium des Stabilitäts- und Wachstumspaktes der Europäischen Union (EU) sieht vor, den Anteil der öffentlichen Schulden am Bruttoinlandsprodukt zu Marktpreisen dauerhaft unter 60% zu halten. Seit 2003 hat Deutschland dieses Ziel jeweils deutlich verfehlt, Ende 2006 betrug die Schuldenquote in Deutschland 67,9% und war damit so hoch wie im Vorjahr. Erreicht wurde im Jahr 2006 allerdings, dass das Verhältnis zwischen dem öffentlichen Defizit und dem Bruttoinlandsprodukt zu Marktpreisen – die sogenannte Defizitquote – erstmals seit 2001 wieder mit 1,7% deutlich unter dem von der EU geforderten Referenzwert von 3% lag

und das Defizitverfahren gegen Deutschland damit aufgehoben werden konnte. Die Berechnung des hierfür relevanten Schuldenstandes erfolgt nach dem Europäischen System Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen (ESVG) 1995 und unterscheidet sich von der in diesem Beitrag verwendeten haushaltsmäßigen Abgrenzung der Schuldenstatistik wie folgt: Für den Schuldenstand nach dem Maastricht-Vertrag werden zusätzlich zu den Kreditmarktschulden vor allem noch die Kassenverstärkungskredite, die Schulden der Sozialversicherung und des Bundes-Pensions-Service für Post und Telekommunikation sowie die Verbindlichkeiten des Bundes aus dem Münzumsatz mit einbezogen.

Methodische Erläuterungen

Zu den öffentlichen Haushalten gehören der Bund und seine Sondervermögen, die Länder- und Gemeindehaushalte sowie die kommunalen Zweckverbände. Als Schulden werden in diesem Beitrag in der Regel nur die Kreditmarktschulden im weiteren Sinne betrachtet. Dazu zählen alle Wertpapierschulden, Schulden bei Banken, Sparkassen, Versicherungsunternehmen sowie sonstigen in- und ausländischen Stellen, die zur Deckung einer in den öffentlichen Haushalten bestehenden Finanzierungslücke aufgenommen wurden, sowie die vornehmlich aus Vorkriegsschulden und Kosten der Währungsumstellung in den neuen Ländern zusammengesetzten Ausgleichsforderungen. Schulden bei öffentlichen Haushalten, innere Darlehen, Verpflichtungen aus kreditähnlichen Rechtsgeschäften, Bürgschaften, Garantien und sonstigen Gewährleistungen werden in die Darstellung nicht einbezogen. Die sogenannten Kassen(verstärkung)kredite werden gesondert am Ende des Beitrages dargestellt. Der Schulden-

stand wird jeweils zum Stichtag 31. 12. eines Jahres statistisch erhoben. Berichtsperiode ist das jeweilige Kalenderjahr und nicht das Haushaltsjahr.

Überblick

Der Schuldenstand der öffentlichen Haushalte in Deutschland erreichte am 31. Dezember 2006 mit 1 480,6 Mrd. Euro einen um 2,6% höheren Betrag als im Vorjahr. Von dieser Summe entfielen 916,6 Mrd. Euro auf den Bund und seine Sondervermögen (Anteil: 61,9%), 479,5 Mrd. Euro auf die Länder (32,4%), 81,9 Mrd. Euro auf die Gemeinden/Gemeindeverbände (Gv.) (5,5%) und 2,6 Mrd. Euro auf die kommunalen Zweckverbände (0,2%). Nur die Kreditmarktschulden der Gemeinden/Gv. waren geringer als im Vorjahr, sie nahmen um 2,3% ab. Die Schulden des Bundes und seiner Sondervermögen stiegen um 3,2%, die der Länder um 2,4%. Bei den kameral buchenden Zweckverbänden blieb der Schuldenstand nahezu konstant (+0,2%).

Neben den Schulden, die zur Schließung einer Einnahmелücke (Finanzierungsdefizit) der öffentlichen Haushalte dienen, nehmen die Gebietskörperschaften auch im Laufe eines Jahres Kassenkredite zur Überbrückung kurzfristiger Schwankungen zwischen den Einnahmen und Ausgabenmitteln ihrer Kassen auf. Die Kassenkredite erreichten am 31. Dezember 2006 einen Stand von 47,5 Mrd. Euro. Davon entfielen 17,3 Mrd. Euro auf den Bund, 2,3 Mrd. Euro auf die Länder und 27,9 Mrd. Euro auf die Gemeinden/Gv. Insgesamt lag der Betrag um 12,2% über dem entsprechenden Vorjahreswert.

Neben den Schulden der Kernhaushalte der Gebietskörperschaften werden summarisch auch diejenigen der selbstständigen öffentlichen Fonds, Einrichtungen und Unternehmen erfasst, an denen die öffentliche Hand zu mehr als 50% beteiligt ist. Diese betragen im Jahr 2006 496,7 Mrd. Euro

(+14,8% gegenüber 2005). Im weiteren Verlauf der Untersuchung bleibt dieser Bereich jedoch unberücksichtigt.

Längerfristige Entwicklung

Im Jahr 1992 – dem Jahr, für das erstmals gesamtdeutsche Ergebnisse in vergleichbarer Form vorliegen – belief sich der Schuldenstand der öffentlichen Haushalte insgesamt auf 679,9 Mrd. Euro. Trotz der Bemühungen der öffentlichen Gebietskörperschaften, ihre Haushalte zu konsolidieren, stieg der Schuldenstand der öffentlichen Haushalte seit 1992 in jedem Jahr kontinuierlich bis auf insgesamt 1 480,6 Mrd. Euro im Jahr 2006 an. Die Schulden der öffentlichen Hand haben sich damit innerhalb dieses Zeitraums mehr als verdoppelt (+117,8%). Besonders hoch waren die Zuwachsraten gegenüber dem jeweiligen Vorjahr zu Beginn der 1990er-Jahre infolge der finanzpolitischen Anforderungen durch die deutsche Vereinigung, und zwar insbesondere 1995 und 1993 mit Anstiegen von 20,1 bzw. 12,6%. Die niedrigsten Zuwachsraten wurden 2001 mit 0,5% und 2000 mit 1,3% ermittelt.

Die Schulden des Bundes und seiner Sondervermögen haben sich von 1992 mit 407,6 Mrd. Euro bis 2006 mit 916,6 Mrd. Euro ebenfalls mehr als verdoppelt (+124,9%). Lediglich im Jahr 2001 konnte mit –2,3% ein Rückgang der Schulden gegenüber dem Vorjahr verbucht werden. Der geringste Anstieg mit 1,2% wurde für das Jahr 2000 ermittelt. Grund hierfür war, dass die durch die Versteigerung der UMTS-Lizenzen erzielten Einnahmen zum großen Teil für die Schuldentilgung in den Jahren 2000 und 2001 verwendet werden konnten. Dagegen wurden zu Beginn der 1990er-Jahre vermehrt Schulden aufgrund der mit der deutschen Vereinigung verbundenen Lasten aufgenommen. Den höchsten Zuwachs gab es im Jahr 1995 mit 28%. Der Schuldenstand nahm in diesem Jahr insbesondere bei den Sondervermö-

Schaubild 1

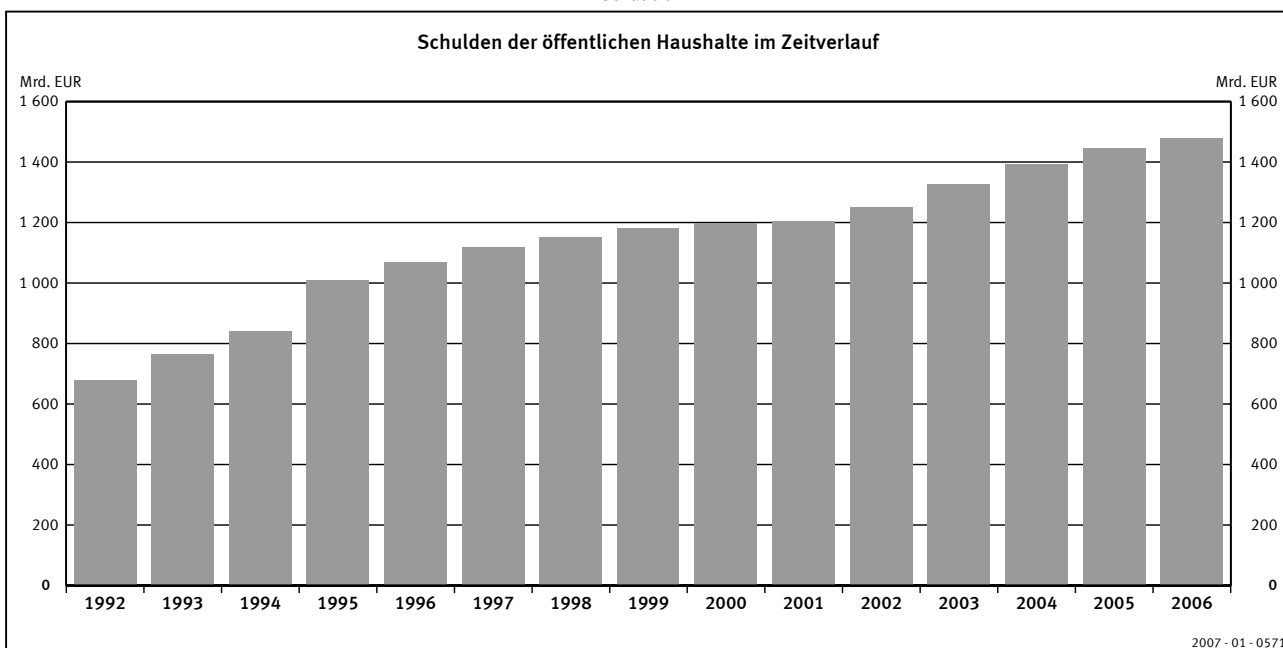


Tabelle 1: Schuldenstand nach Körperschaftsgruppen

Jahr	Insgesamt	Bund ¹⁾	Länder	Gemeinden/Gv.	Zweckverbände ²⁾
Mill. EUR					
1992	679 867	407 562	196 342	70 172	5 791
1993	765 510	461 357	219 135	77 003	8 015
1994	840 122	513 151	235 542	80 642	10 787
1995	1 009 323	657 060	257 336	83 743	11 184
1996	1 069 247	692 929	279 864	85 396	11 058
1997	1 119 076	723 405	299 744	85 598	10 329
1998	1 153 413	743 212	314 765	84 826	10 610
1999	1 183 063	764 576	322 672	83 936	11 878
2000	1 198 145	773 897	333 187	82 991	8 070
2001	1 203 887	756 374	357 684	82 669	7 160
2002	1 253 195	778 607	384 773	82 662	7 153
2003	1 325 733	819 283	414 952	84 069	7 429
2004	1 394 954	860 244	442 922	84 257	7 531
2005	1 442 680	888 020	468 214	83 804	2 642
2006	1 480 625	916 610	479 489	81 877	2 649
Prozent					
Veränderung 2006 gegenüber					
2005	+ 2,6	+ 3,2	+ 2,4	- 2,3	+ 0,2
1992	+ 117,8	+ 124,9	+ 144,2	+ 16,7	X

1) Einschl. Sondervermögen. – 2) Ab 2005 nur kameral buchende Zweckverbände.

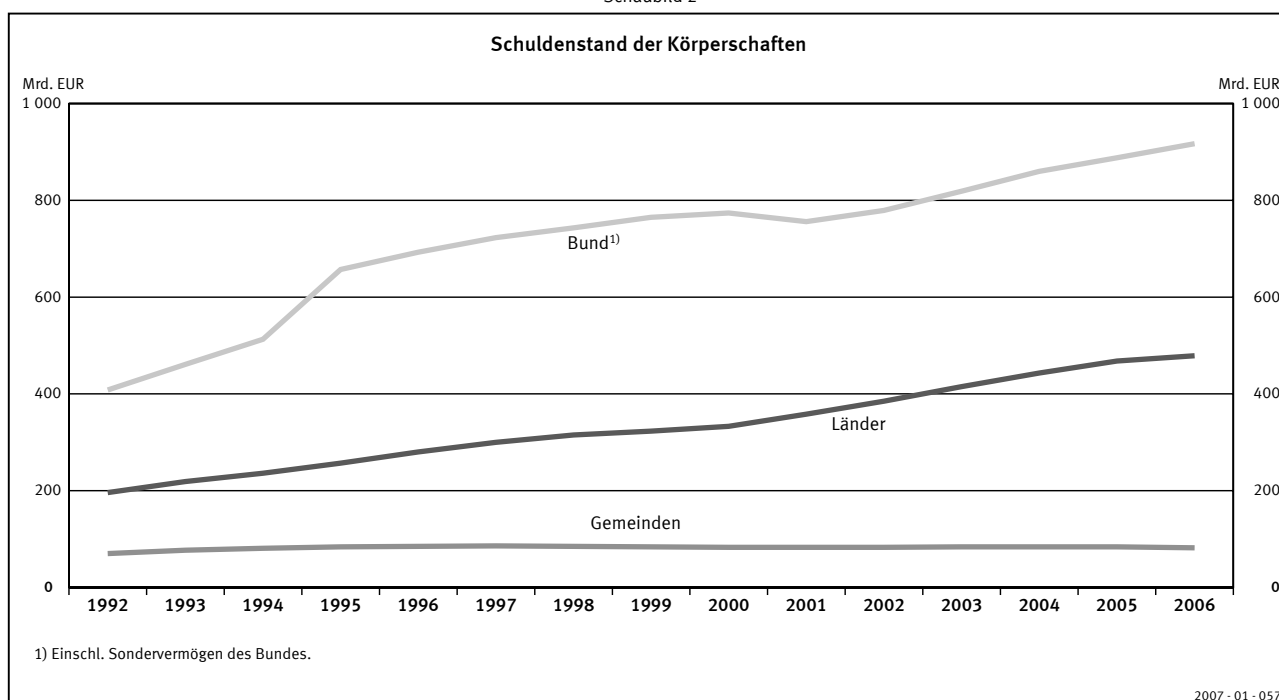
gen des Bundes (+82,3%) zu, die Schulden des Bundes stiegen nur um 5,9%. Der zum 1. Januar 1995 errichtete Erblastentilgungsfonds übernahm die Verbindlichkeiten der zum Jahresende 1994 aufgelösten Treuhandanstalt in Höhe von rund 105 Mrd. Euro sowie Teile der Altverbindlichkeiten der Wohnungsbaunternehmen der ehemaligen DDR in Höhe von rund 16 Mrd. Euro.

Der Schuldenstand der Länderhaushalte ist – verglichen mit den anderen Gebietskörperschaften – innerhalb des betrachteten Zeitraums prozentual am stärksten angestiegen (+ 144,2%), von 196,3 Mrd. Euro auf 479,5 Mrd. Euro. Hier wurde jedes Jahr eine Zunahme des Schuldenstandes

ermittelt. Besonders hoch waren die Anstiege in den neuen Bundesländern; in Mecklenburg-Vorpommern waren 2006 die Landesschulden 14-mal so hoch wie 1992, in Thüringen zehnmal und in Sachsen-Anhalt achtmal. Im Saarland stiegen die Schulden dagegen seit 1992 „nur“ um 28% und in Bayern um 50%.

Die Schulden der Gemeinden und Gemeindeverbände waren mit 81,9 Mrd. Euro im Jahr 2006 um 16,7% höher als im Jahr 1992 mit 70,2 Mrd. Euro. Im Vergleich aller Ebenen war dies der geringste nachgewiesene prozentuale Anstieg. In den Jahren 1998 bis 2002 sowie 2005 und 2006 war der kommunale Schuldenstand niedriger als im jeweiligen Vor-

Schaubild 2



jahr. Darin zeigen sich Konsolidierungsbemühungen der Gemeinden zur Verbesserung ihres finanzpolitischen Handlungsspielraums. Allerdings ist der geringe Anstieg auch darauf zurückzuführen, dass die Kommunen seit einigen Jahren immer mehr Aufgabenbereiche aus ihren Kernhaushalten ausgliedern. Die Schulden dieser Einheiten werden dann von den Eigenbetrieben oder rechtlich selbstständigen Unternehmen und Einrichtungen übernommen und bleiben in dieser Darstellung unberücksichtigt. Auch das Ausweichen auf kurzfristige Kassenkredite dürfte diese Entwicklung mit beeinflusst haben (siehe unten).

Auch bei den Gemeindehaushalten sind die Schulden hauptsächlich in den neuen Ländern angestiegen, in Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen-Anhalt, Thüringen und Sachsen haben sie sich von 1992 bis 2006 mehr als verdoppelt. Im Saarland (-25,1%), in Baden-Württemberg (-14%), Niedersachsen (-13,7%) und Hessen (-8,5%) ging die Belastung der Gemeindehaushalte durch Kreditmarktschulden dagegen zurück, in Nordrhein-Westfalen blieb sie insgesamt etwa konstant (+1,1%).

Ein Vergleich des Schuldenstandes der Zweckverbände in diesem Zeitablauf ist aus zwei Gründen nicht sinnvoll. Zum einen werden in allen Bundesländern seit 2006 nur noch die Schulden der kameral buchenden Zweckverbände bei den öffentlichen Haushalten nachgewiesen, die der kaufmännisch buchenden Zweckverbände werden dagegen bei den Fonds, Einrichtungen und wirtschaftlichen Unternehmen verbucht. Dies wurde ab 1994 in den einzelnen Bundesländern zu unterschiedlichen Zeitpunkten umgesetzt. Sollten zudem Zweckverbände vom kameralen Rechnungswesen auf kaufmännische Buchführung umsteigen, so zählen diese Einheiten nicht mehr zu den öffentlichen Haushalten.

Aktuelle Entwicklung 2006

Bund und seine Sondervermögen

Zum Jahresende 2006 waren der Bund und seine Sondervermögen in Höhe von 916,6 Mrd. Euro verschuldet. Davon sind 902,1 Mrd. Euro (+3,4% gegenüber dem Vorjahr) dem Bund und 14,6 Mrd. Euro den Bundessondervermögen zuzurechnen (-5,3%).

Mit 883,1 Mrd. Euro (Anteil: 96,8%) überwogen dabei die in Wertpapieren verbrieften Schulden, darunter waren 551,6 Mrd. Euro Anleihen, 179,9 Mrd. Euro Bundesobligationen und 113,6 Mrd. Euro Bundesschatzbriefe und -schatzanweisungen. Über direkte Darlehen bei Banken, Sparkassen und sonstigen Institutionen haben sich der Bund und seine Sondervermögen nur 3,2% aller Mittel beschafft, während die Ausgleichsforderungen nur noch 0,5% aller Schulden ausmachen.

Im Verlauf des Jahres 2006 nahmen der Bund und seine Sondervermögen 239,3 Mrd. Euro neu am Kreditmarkt auf, gleichzeitig tilgten sie Schulden in Höhe von 195,6 Mrd. Euro. Von den neuen Schuldverträgen wurden rund 31,2% mit einer kurzfristigen Laufzeit (bis einschl. einem Jahr)

Tabelle 2: Schuldenstand 2006 nach Schuldarten und Körperschaftsgruppen
Mill. EUR

Schuldarten	Ins-gesamt	Darunter:		
		Bund ¹⁾	Länder	Gemeinden/Gv.
Kreditmarktschulden	1 476 101	912 086	479 489	81 877
Wertpapiersschulden ...	1 100 085	883 128	216 701	256
darunter:				
Anleihen	553 329	551 573	1 500	256
Bundesschatzbriefe und -anweisungen .	113 618	113 618	-	-
Bundesobligationen .	179 940	179 940	-	-
Landesobligationen/-schatzanweisungen	213 447	-	213 447	-
Direkte Darlehen	376 017	28 959	262 789	81 620
darunter von:				
inländischen Banken und Sparkassen ...	286 031	16 741	188 186	78 538
inländischen Versicherungsunternehmen	60 634	10 535	49 944	154
Ausgleichsforderungen ..	4 524	4 524	-	-
Insgesamt ...	1 480 625	916 610	479 489	81 877

1) Einschl. Sondervermögen.

abgeschlossen, 25,2% mit einer mittelfristigen (zwischen einem und fünf Jahren) und 43,6% mit einer langfristigen Laufzeit (fünf Jahre und mehr).

Tabelle 3: Schuldenaufnahme und Schuldentilgung 2006¹⁾
Mill. EUR

Schuldner	Schuldenaufnahme		Schuldentilgung	
	zu-sammen	dar.: Wertpapier-schulden	zu-sammen	dar.: Wertpapier-schulden
Bund einschließlich Sondervermögen	239 301	237 981	195 576	191 265
Bund	239 301	237 981	194 763	191 161
ERP-Sondervermögen ..	-	-	709	-
Entschädigungsfonds .	-	-	105	105
Länder	77 619	45 100	66 164	30 418
Gemeinden/Gv.	8 246	-	10 125	92
Zweckverbände	268	-	275	-
Insgesamt ...	325 433	283 081	272 141	221 775

1) Kreditmarktschulden im weiteren Sinne.

Länder

Am 31. Dezember 2006 betrug der Schuldenstand der Länder 479,5 Mrd. Euro, im Vergleich zum Vorjahr war dies eine Zunahme um 2,4%. Der Zuwachs der Schulden in den Flächenländern betrug 2,2%, wobei die höchsten Anstiege im Saarland (+7,8%), Thüringen (+5,0%) und Schleswig-Holstein (+4,0%) ermittelt wurden. In Sachsen (-4,1%), Hessen (-2,9%) und Mecklenburg-Vorpommern (-0,4%) war dagegen der Schuldenstand gegenüber dem Vorjahr rückläufig, in Bayern blieb er nahezu unverändert. Die Entwicklung in den Stadtstaaten (+3,5%) war besonders durch Bremen (+8,8%) geprägt.

216,7 Mrd. Euro bzw. 45,2% des Schuldenbestandes der Länder am Jahresende 2006 waren Wertpapiersschulden, darunter 213,4 Mrd. Euro Landesobligationen bzw. -schatz-

anweisungen. 262,8 Mrd. Euro bzw. 54,8% entfielen auf direkte Darlehen, davon 188,2 Mrd. Euro von inländischen Banken oder Sparkassen.

Insgesamt wurden im Jahr 2006 77,6 Mrd. Euro Schulden von den Ländern neu aufgenommen, gegenüber dem Vorjahr war dies ein Rückgang um 10,8%. Im gleichen Zeitraum wurden Tilgungen von 66,2 Mrd. Euro (+ 6,5%) geleistet.

Rund 12% der neu aufgenommenen Schulden der Länder waren 2006 in kurzfristigen, 18% in mittelfristigen und 70% in langfristigen Verträgen kontrahiert.

Gemeinden/Gv.

Die Gemeinden/Gv. waren Ende 2006 mit insgesamt 81,9 Mrd. Euro verschuldet und damit um 2,3% geringer als im Vorjahr. Nur im Saarland (+7,9%), in Rheinland-Pfalz (+2,4%) und in Baden-Württemberg (+0,4%) nahmen die Gemeinden/Gv. mehr Schulden als im Vorjahr auf, in allen übrigen Ländern war der Schuldenstand der Kommunen rückläufig, am stärksten in Sachsen (-17,3%) und in Mecklenburg-Vorpommern (-9,0%).

78,5 Mrd. Euro bzw. 95,9% des Schuldenbestandes der Gemeinden/Gv. stammen aus direkten Darlehen von inländischen Banken oder Sparkassen, 3,1 Mrd. Euro bzw. 3,8% entfielen auf sonstige direkte Darlehen und nur 0,3% waren als Anleihen verbrieft.

Im Jahr 2006 nahmen die Gemeinden/Gv. mit 8,2 Mrd. Euro 10,3% weniger Schulden neu auf als im Vorjahr, gleichzeitig wurden Schulden in Höhe von 10,1 Mrd. Euro getilgt, dies waren 11,2% mehr als im Vorjahr. Von den 2006 neu aufgenommenen Schulden hatten je 6,4% eine kurzfristige, 5,2% eine mittlere und 88,4% eine langfristige Laufzeit.

Tabelle 4: Schuldenstand der Länder und Gemeinden/Gv. 2006 nach Bundesländern

Land	Länder		Gemeinden/Gv.	
	Mill. EUR	Veränderung gegenüber 2005 in %	Mill. EUR	Veränderung gegenüber 2005 in %
Flächenländer	385 506	+2,2	81 877	-2,3
Baden-Württemberg .	41 072	+3,9	6 514	+0,4
Bayern	23 072	-0,0	14 497	-1,2
Brandenburg	17 136	+1,2	1 642	-1,9
Hessen	29 364	-2,9	7 880	-1,1
Mecklenburg-Vorpommern	10 737	-0,4	1 810	-9,0
Niedersachsen	48 774	+1,9	7 503	-1,5
Nordrhein-Westfalen .	112 900	+3,6	23 805	-1,9
Rheinland-Pfalz	25 252	+2,5	4 826	+2,4
Saarland	8 736	+7,8	959	+7,9
Sachsen	11 592	-4,1	4 147	-17,3
Sachsen-Anhalt	19 303	+0,4	3 182	-3,3
Schleswig-Holstein ..	21 765	+4,0	2 403	-0,5
Thüringen	15 805	+5,0	2 708	-3,5
Stadtstaaten	93 983	+3,5	-	-
Berlin	58 995	+2,8	-	-
Bremen	13 384	+8,8	-	-
Hamburg	21 604	+2,1	-	-
Insgesamt ...	479 489	+2,4	81 877	-2,3

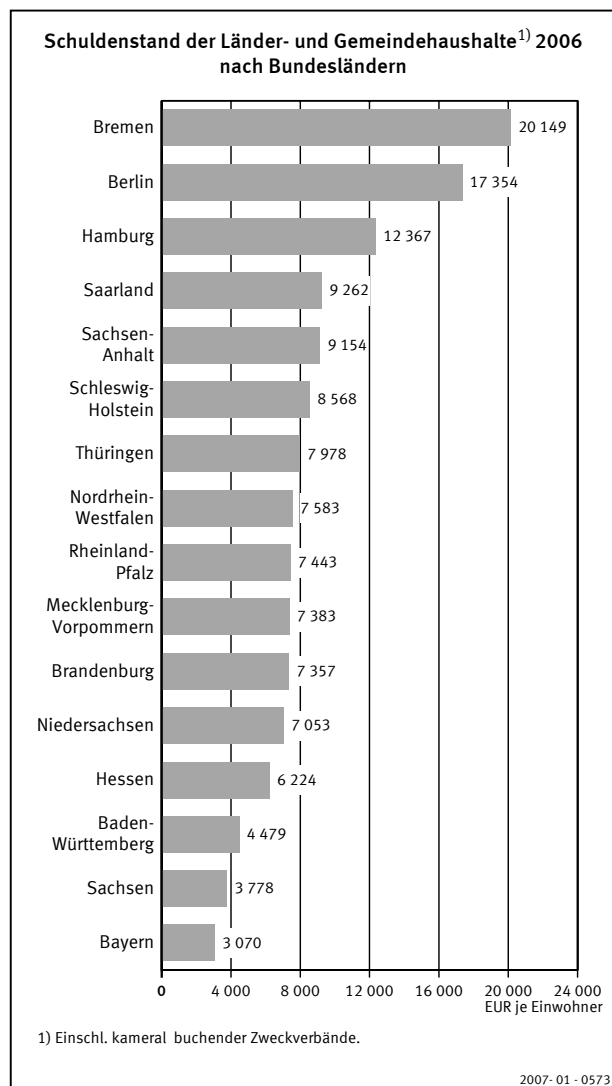
Zweckverbände

Der Schuldenstand der kommunalen Zweckverbände betrug am 31. Dezember 2006 2,6 Mrd. Euro. Seit diesem Berichtsjahr werden bei den Kernhaushalten nur noch die kameral buchenden Zweckverbände nachgewiesen. Die Schulden der kaufmännisch buchenden Zweckverbände werden hier nicht dargestellt (siehe Überblick). Im Vergleich zum Vorjahr waren 2006 die Schulden der kameral buchenden Zweckverbände in etwa gleich hoch (+0,2%). Der Anteil der nachgewiesenen Schulden der Zweckverbände an allen Kreditmarktschulden der öffentlichen Haushalte betrug 0,2%.

Schulden je Einwohner

Die Maßzahl Schulden je Einwohner ermöglicht einen regionalen Vergleich der öffentlichen Schuldenlast. Die Schuldenanteile von Ländern, Gemeinden/Gv. und Zweckverbänden wurden dabei zusammengefasst, um die zwischen den Ländern bestehende unterschiedliche Aufgabenverteilung zwischen diesen Haushaltsebenen zu neutralisieren. Die

Schaubild 3



Schulden in Höhe von 11 128 Euro, die durch den Bund und seine Sondervermögen auf jeden Einwohner entfallen, bleiben beim Vergleich unberücksichtigt, da sich diese regional nicht zuordnen lassen.

Zum Jahresende 2006 ergaben sich bei Ländern und Kommunen rechnerisch je Bundesbürger Schulden von 6 925 Euro, das waren 57 Euro mehr als zum Jahresende 2005. Von dem Gesamtschuldbetrag entfielen 5 821 Euro auf die Länderhaushalte, 1 069 Euro auf die Haushalte der Gemeinden/Gv. und 35 Euro auf die der Zweckverbände. Von den Bundesländern wiesen Bayern mit 3 070 Euro und Sachsen mit 3 778 Euro rechnerisch die niedrigste Pro-Kopf-Verschuldung auf. Die höchste Pro-Kopf-Verschuldung der Flächenländer wurde für das Saarland mit 9 262 Euro und für Sachsen-Anhalt mit 9 154 Euro ermittelt. Deutlich höher war die Pro-Kopf-Verschuldung der Stadtstaaten. Je Einwohner der Stadtstaaten errechnen sich 16 174 Euro Schulden. Der Pro-Kopf-Wert für Hamburg lag bei 12 367 Euro, für Berlin bei 17 354 Euro und für Bremen bei 20 149 Euro. Die größten Zunahmen dieser Maßzahl gegenüber dem Vorjahr gab es in Bremen (+ 1 585 Euro) und im Saarland (+ 719 Euro). Würde man die Kassenkredite in die Betrachtung miteinbeziehen, würden sich keine größeren Änderungen an der Rangordnung ergeben.

Kassenkredite

Die Verschuldungssituation insbesondere der Kommunen wird durch die nachgewiesenen Kreditmarktschulden nur unzureichend dargestellt. Zunehmend wichtiger und problematischer werden die sogenannten Kassenkredite. Diese werden immer häufiger zur Finanzierung laufender Ausgaben eingesetzt.

Am 31. Dezember 2006 wurden für Bund, Länder, Gemeinden/Gv. und Zweckverbände neben den Kreditmarktschul-

den zur Finanzierung ihrer Haushalte zusätzlich 47,5 Mrd. Euro Kassenkredite nachgewiesen. Dies waren 12,2 % mehr als im Vorjahr. 1992 wurden 6,5 Mrd. Euro an Kassenkrediten von den öffentlichen Haushalten aufgenommen, seitdem haben sich diese um gut das Siebenfache erhöht. Die Kreditmarktschulden sind dagegen in diesem Zeitraum nur um das Zweifache angestiegen. An Kassenkrediten nahmen der Bund 17,3 Mrd. Euro (+ 13,0 % gegenüber 2005) und die Länder 2,3 Mrd. Euro (- 25,3 %) auf.

Kassenkredite werden besonders häufig von den Gemeinden/Gv. genutzt. 58,7 % bzw. 27,9 Mrd. Euro der aufgenommenen Kassenkredite entfielen auf die Gemeinden. Gegenüber dem Vorjahr war dies ein weiterer kräftiger Anstieg um 16,7 %. Die Kassenkredite machten damit 34,0 % der Kreditmarktschulden der Gemeinden/Gv. aus. Seit 1992 sind die von den Gemeinden/Gv. aufgenommenen Kassenkredite um 1 905 % angestiegen, während die von ihnen aufgenommenen Kreditmarktschulden nur um 16,7 % anstiegen. 1992 ergab das Verhältnis der Kassenkredite zu den Kreditmarktschulden der Gemeinden/Gv. 1 : 50, 2006 lag der entsprechende Wert bei 1 : 3. In den Kommunen von Nordrhein-Westfalen, Niedersachsen und Rheinland-Pfalz waren die aufgenommenen Kassenkredite im Jahr 2006 mehr als halb so groß wie die entsprechenden Kreditmarktschulden, im Saarland überwogen sie diese sogar.

Für die übrigen Gebietseinheiten spielen Kassenkredite keine große Rolle. Das Verhältnis der Kassenkredite zu den Kreditmarktschulden betrug 2006 bei den Zweckverbänden 1 : 50, beim Bund 1 : 53 und bei den Ländern 1 : 206.

Schulden nach Gemeindegrößenklassen

Im Durchschnitt war 2006 jede Kommune in Deutschland mit 6,1 Mill. Euro verschuldet. Kreisfreie Städte hatten

Schaubild 4

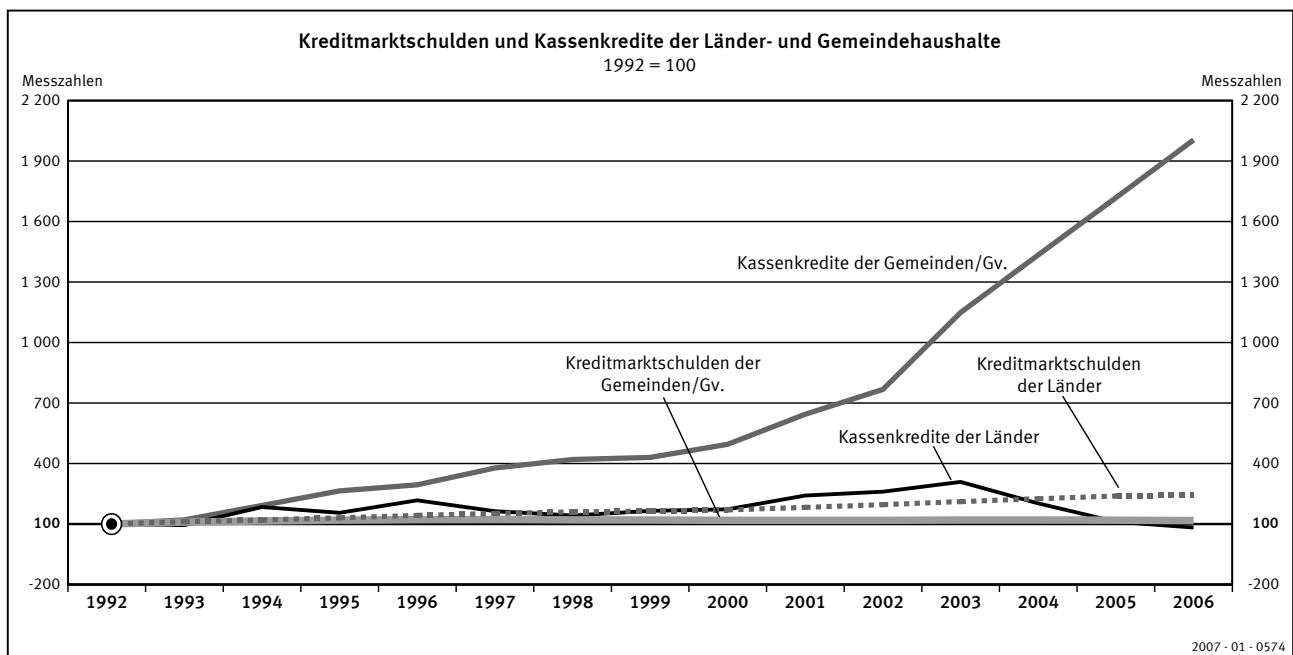


Tabelle 5: Schulden der Gemeinden/Gv. nach Gemeindegrößenklassen

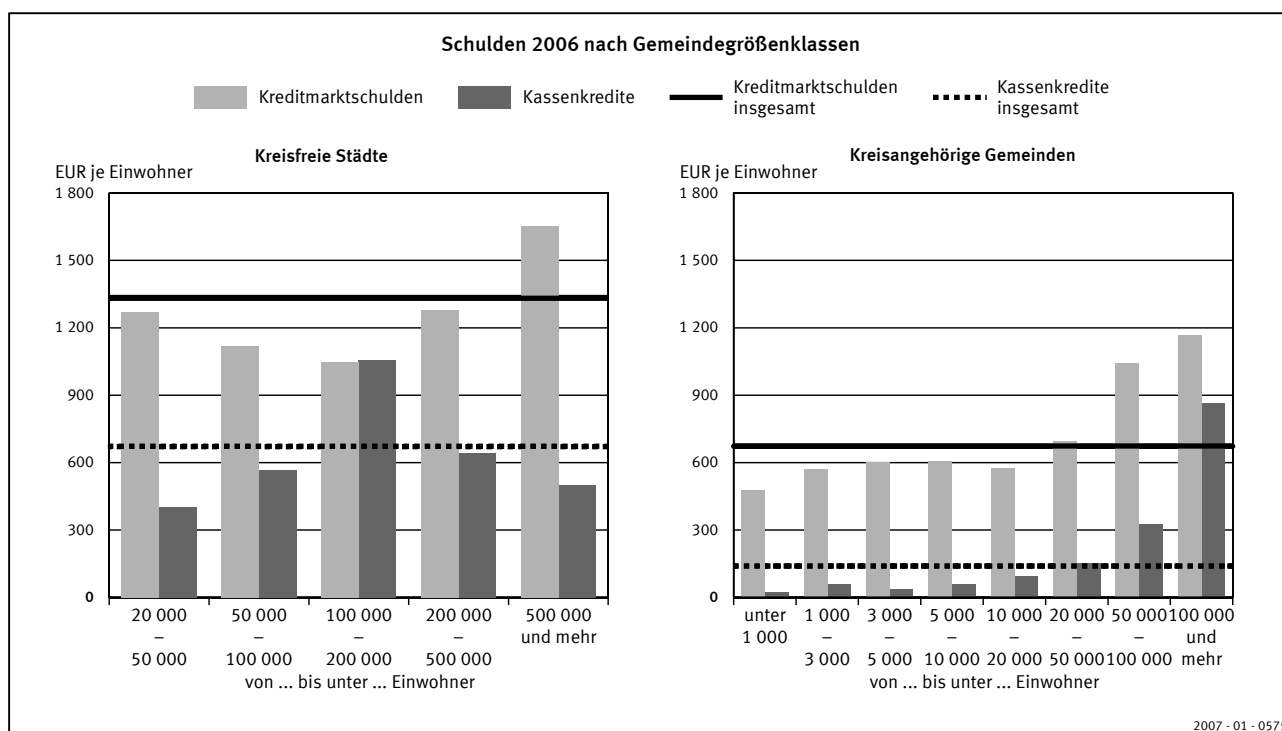
Gebietskörperschaft mit ... bis unter ... Einwohnern	Körperschaften		Schuldenstand			Schulden je Einwohner	
	2005	2006	2005	2006	Veränderung 2006 gegenüber 2005 in %	2005	2006
	Anzahl		Mill. EUR			EUR	
Kreisfreie Städte	112	112	29048	27 294	-6,0	1 424	1 335
20 000 – 50 000	17	17	911	920	+1,0	1 248	1 268
50 000 – 100 000	30	30	2 510	2 341	-6,7	1 195	1 119
100 000 – 200 000	32	32	4 841	4 735	-2,2	1 072	1 049
200 000 – 500 000	25	23	9 833	8 119	-17,4	1 340	1 279
500 000 und mehr	8	10	10 954	11 180	+2,1	1 915	1 654
Kreisangehörige Gemeinden	12 238	12 204	38 069	37 776	-0,8	677	673
unter 1 000	4 858	4 854	1 122	1 127	+0,5	472	476
1 000 – 3 000	3 326	3 315	3 472	3 376	-2,8	586	571
3 000 – 5 000	1 289	1 268	3 055	2 950	-3,4	614	603
5 000 – 10 000	1 304	1 311	5 558	5 590	+0,6	606	607
10 000 – 20 000	875	872	7 005	6 977	-0,4	578	577
20 000 – 50 000	497	495	10 300	10 194	-1,0	702	697
50 000 – 100 000	77	77	5 438	5 383	-1,0	1 053	1 044
100 000 und mehr	12	12	2 119	2 178	+2,8	1 133	1 167
Ämter, Samtgemeinden, Verbandsgemeinden	750	745	1 396	1 382	-1,0	170	759
Landkreise	323	323	13 869	14 061	+1,4	240	251
Bezirksverbände	16	16	1 422	1 363	-4,1	27	26
Gemeinden/Gv. insgesamt ...	13 439	13 400	83 804	81 877	-2,3	1 093	1 069

durchschnittlich 243,7 Mill. Euro Schulden, kreisangehörige Gemeinden 3,1 Mill. Euro, Ämter, Samtgemeinden, Verbandsgemeinden 1,9 Mill. Euro, Landkreise 43,5 Mill. Euro und Bezirksverbände 85,2 Mill. Euro Schulden je Körperschaft.

In den Gemeinden/Gv. trägt jeder Einwohner eine durchschnittliche Schuldenlast von 1 069 Euro je Einwohner. Die Haushalte der kreisfreien Städte weisen die höchsten Schuldenstände je Einwohner nach; im Jahr 2006 lasteten auf

jedem Einwohner rechnerisch durchschnittlich 1 335 Euro kommunale Schulden. Bei den kreisangehörigen Gemeinden waren es im Durchschnitt 673 Euro je Einwohner. Ein Grund für die höhere Verschuldung der kreisfreien Städte ist, dass diese auch kommunale Aufgaben wahrnehmen, die bei den kreisangehörigen Gemeinden von den Landkreisen bzw. in einigen Bundesländern von Ämtern, Samtgemeinden oder Verbandsgemeinden wahrgenommen werden; diese hatten 2006 Schulden in Höhe von 251 bzw. 759 Euro je Einwohner.

Schaubild 5



Die Einteilung der Gemeinden nach Gemeindegrößenklassen zeigt, dass bei den kreisangehörigen Gemeinden größere Gemeinden in der Regel eine höhere Pro-Kopf-Verschuldung aufweisen als kleinere Gemeinden (Ausnahme: Gemeinden der Größenklasse 10 000 bis unter 20 000 Einwohner). Auch bei Einbeziehung der Kassenkredite steigt die Pro-Kopf-Verschuldung der kreisangehörigen Gemeinden mit der Einwohnerzahl kontinuierlich an.

Bei den kreisfreien Städten sinken die Kreditmarktschulden je Einwohner zunächst mit der Einwohnerzahl, der niedrigste Wert wird für die kreisfreien Städte mit 100 000 bis unter 200 000 Einwohnern nachgewiesen (1 049 Euro), und steigen dann wieder an. Bezieht man allerdings die Kassenkredite mit ein, so erhöht sich auch hier tendenziell die Pro-Kopf-Verschuldung mit der Einwohnerzahl (Ausnahme: kreisfreie Städte mit 200 000 bis unter 500 000 Einwohnern). Städte mit 100 000 bis unter 200 000 Einwohnern, die Größenklasse mit den geringsten Kreditmarktschulden je Einwohner, nahmen aber relativ die meisten Kassenkredite auf, und zwar 1 057 Euro je Einwohner. Insgesamt die höchste Pro-Kopf-Verschuldung (1 654 Euro Kreditmarktschulden und 502 Euro an Kassenkrediten je Einwohner) wiesen kreisfreie Städte mit mehr als 500 000 Einwohnern auf. Diese Städte erfüllen aufgrund ihrer zentralen Stellung auch überörtliche Funktionen. Jede Kommune dieser Größenklasse hatte 2006 rechnerisch durchschnittlich 1,1 Mrd. Euro Kreditmarktschulden und 339 Mill. an Kassenkrediten aufgenommen. [U](#)

Auszug aus Wirtschaft und Statistik

© Statistisches Bundesamt, Wiesbaden 2007

Vervielfältigung und Verbreitung, auch auszugsweise, mit Quellenangabe gestattet.

Herausgeber: Statistisches Bundesamt, Wiesbaden

Schriftleitung: Walter Radermacher
Präsident des Statistischen Bundesamtes
Verantwortlich für den Inhalt:
Brigitte Reimann,
65180 Wiesbaden

- Telefon: +49 (0) 6 11/75 20 86
- E-Mail: wirtschaft-und-statistik@destatis.de

Vertriebspartner: SFG Servicecenter Fachverlage
Part of the Elsevier Group
Postfach 43 43
72774 Reutlingen
Telefon: +49 (0) 70 71/93 53 50
Telefax: +49 (0) 70 71/93 53 35
E-Mail: destatis@s-f-g.com

Erscheinungsfolge: monatlich



Allgemeine Informationen über das Statistische Bundesamt und sein Datenangebot erhalten Sie:

- im Internet: www.destatis.de

oder bei unserem Informationsservice
65180 Wiesbaden

- Telefon: +49 (0) 6 11/75 24 05
- Telefax: +49 (0) 6 11/75 33 30
- www.destatis.de/kontakt